

P R O T O K O L L
der 462. Sitzung des Parlaments

Datum	Dienstag, 23. Juni 2026
Zeit	19.30–20.35 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grossen Gaby
Mitglieder	Althaus Stämpfli Annette, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna, Buff Ronald, Eggli Caterina, Engel Carmen, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gashi Hilmi, Held Lorenz, Kearns Francine, Koelbing Martin, Legler Bettina, Legler Vanessa, Liechti Erika, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Racine Raphaël, Reich Julien (ab 19.55 Uhr), Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zurlinden Noémie, Zwahlen Michèle
Stimmenzählende	Perler Sandra (in Vertretung), Matter Andreas
Vertreter des Gemeinderats	Bärtschi Markus, Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Schönholzer Katja, Gemeindeschreiberin ad int.
Zusätzlich anwesend	–
Entschuldigt abwesend	
Parlament:	Anliker Sophia, Bless Adrian, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Kaczala Gregor, Lauper Reto, Lucas Christoph,
GR:	Köbeli Jan (Gemeindepräsident), Klopstein Carole
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

- | | | |
|----|---|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 19. Mai 2026 | 377 |
| 2. | Ersatzwahl Kulturkommission | 377 |
| 3. | Einsetzung nichtständige Kommission «Überarbeitung Geschäftsordnung des Parlaments» | 378 |
| 4. | Verwaltungsbericht 2025 und Broschüre Muri2025 | 378 |
| 5. | Motion Zaccaria (SP), Perler (Grüne), Liechti (forum): «Ein permanentes Zeichen für Vielfalt, Inklusion und queeres Leben im öffentlichen Raum» | 382 |
| 6. | Postulat Racine (SP): «Schaffung eines Beratungs- und Begleitangebots bei der Wohnungssuche!» | 386 |
| 7. | Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen | 388 |
| 8. | Anhang: Neue parlamentarische Vorstösse | 389 |

Die Vorsitzende: Ich begrüsse alle anwesenden Parlamentsmitglieder, die Mitglieder des Gemeinderats, die Presse und auch die heute anwesenden Gäste zur 462. Sitzung des Parlaments von Muri. Es sind aktuell 32 Ratsmitglieder anwesend, wir sind somit beschlussfähig. Der heute abwesende Gemeindepräsident Jan Köbeli wird bei Traktandum 4, Verwaltungsbericht 2025, sowie Traktandum 7, Informationen des Gemeinderats, von Gemeinderat Markus Bärtschi vertreten. Es sind heute keine Auskunftspersonen der Verwaltung anwesend, weil es nicht nötig ist.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende: Die heute abwesende Stimmenzählerin Franziska Grossenbacher muss ersetzt werden. Vorgeschlagen ist Sandra Perler. Ich gehe davon aus, dass ihr mit dem Vorschlag einverstanden seid, oder gibt es Gegenstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Sandra Perler wird für die laufende Sitzung stillschweigend als Ersatz für die abwesende Franziska Grossenbacher als Stimmenzählerin gewählt.

1. Protokoll der Sitzung vom 19. Mai 2026

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

2. Ersatzwahl Kulturkommission

Die SP schlägt anstelle der per 3. Mai 2026 zurückgetretenen Ramina Wakil für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, als Mitglied der Kulturkommission vor:

Balzli Luca
Online-Marketing-Spezialist und Communications Manager
Wiesenstrasse 1
3073 Gümligen

Beschluss (32 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Als Mitglied der Kulturkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, einstimmig gewählt:

Luca Balzli, 3073 Gümligen, SP.

3. **Einsetzung nichtständige Kommission «Überarbeitung Geschäftsordnung des Parlaments»**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Wie ihr wisst, ist in Zusammenhang mit der neuen Gemeindeordnung die «Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Muri bei Bern», neu Parlament, einer Revision zu unterziehen. Es scheint uns sinnvoll und angezeigt, dass das Parlament seine Geschäftsordnung selbst erarbeitet. Darum dieser Antrag ans Parlament. Ich werde mich bei der Wahl der Stimme enthalten.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (31 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Als Mitglieder der nichtständigen Kommission «Überarbeitung Geschäftsordnung des Parlaments» gewählt sind:

- Grossen Gaby, forum (Vorsitz)
- Grossenbacher Franziska, Grüne
- Schenk Johanna, FDP
- Siebenrock Charlotte, SVP
- Zaccaria Angelo, SP
- Schönholzer Katja, Gemeindeschreiberin ad int., Sekretariat (beratend)

4. **Verwaltungsbericht 2025 und Broschüre Muri2025**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Es handelt sich beim ersten Teil um eine Kenntnisnahme. Deshalb braucht es vonseiten der GPK auch kein Votum. Bei der Detailberatung werden allfällige Fragen durch das zuständige Ressortmitglied beantwortet werden.

Markus Bärtschi (Gemeinderat) *verzichtet auf das Wort.*

Gemäss Art. 36 Abs. 2 der Gemeindeordnung nimmt das Parlament den jährlichen Verwaltungsbericht des Gemeinderates zur Kenntnis, weshalb die Eintretensfrage entfällt. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende: Eine Vorabinformation: Es liegt uns ein Antrag der FDP vor, der verlangt, dass einzeln über die abzuschreibenden parlamentarischen Vorstösse abgestimmt wird. Ich komme darauf zurück.

Fraktionserklärungen

Patricia Messerli (forum): Ich halte die Fraktionserklärung, aber sie ist nicht lang. Wir danken der Verwaltung für die beiden ausführlichen Berichte. Sie sind sehr informativ. Viele der Informationen fanden wir interessant. Wir haben aber eine Bemerkung. Wir haben uns gefragt, ob es in der heutigen Zeit noch zwei solche Broschüren braucht oder man nicht einfach ein Produkt haben könnte, vielleicht etwas entschlackt. Im dicken Bericht gibt es ja Dinge, die zwingend reinmüssen, wie eben die Abschreibung von Vorstössen, aber auch von anderen Dingen. Aber vielleicht könnte man für die Zukunft überlegen, ob es diese Informationen an die Bevölkerung wirklich braucht. Vielleicht kann man einmal analysieren, wie viele Hits

es auf der Internetseite gibt oder wie viele dieser Publikationen wirklich abgegeben werden und einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Das ist alles, merci vielmals.

Angelo Zaccaria (SP): Auch von uns gibt es nur eine sehr kurze Fraktionserklärung. Patricia hat es schon angesprochen. Wir sagen eigentlich jedes Jahr dasselbe: Man könnte es digitalisieren. Aber im Grunde genommen ist es auch ein eindrückliches Zeugnis davon, was die Verwaltung und unsere Gemeinde das ganze Jahr hindurch leisten. Daran kann man wieder sehen, dass hinter jedem Aspekt Mitarbeitende der Verwaltung stehen. Es ist nicht selbstverständlich, dass es so gut funktioniert. Wir möchten merci sagen, aber gleichzeitig zu bedenken geben: Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Gemeinde so gut funktioniert. Wir müssen Sorge zu unseren Mitarbeitenden tragen. Gute Dienstleistungen fallen nicht vom Himmel, sie brauchen Zeit, Fachwissen, gute Arbeitsbedingungen und Wertschätzung, und sie kosten etwas. Das dürfen wir nicht vergessen. Herzlichen Dank.

Lorenz Held (FDP): Ich komme mir wegen dem lauten Ventilator vor wie ein Pilot, der gerade die Maschine startet und jetzt Schub geben kann. Ich werde versuchen, etwas lauter zu sprechen, damit man es versteht.

Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre Berichterstattung und erlauben uns ein paar Anmerkungen und am Schluss einen Antrag. Der Verwaltungsbericht dient dazu aufzuzeigen, was die Gemeinde Muri bei Bern im vergangenen Jahr geleistet hat, welche Aufträge sie erfüllt hat und wie dies geschehen ist. Und, last but not least, was das alles auch gekostet hat. Auch wenn unsere Gemeinde grundsätzlich sorgfältig mit dem Geld umgeht, werden wir im Rahmen des Budgets noch genauer hinschauen als in anderen Jahren. Dies nicht nur, um unbefriedigende Nachkredite zu vermeiden, sondern auch, um sorgfältig abzuwägen und zu priorisieren, welche Aufgaben unsere Gemeinde wahrnehmen soll. Die steigende Staatsquote lässt grüssen.

Es geht nicht nur darum, dass wir es richtig machen; das ist effizient. Es geht vor allem darum, dass wir das Richtige machen; das ist Effektivität. Unsere Fraktion ist sich nicht immer sicher, ob wir das Richtige richtig machen. Beispiele sind teure Anschaffungen für Mannschaftswagen der Feuerwehr – Klammer: Effizienz –, der Ausbau von Publibike – Klammer: Effektivität – oder die steigenden Sozialausgaben ausserhalb der Vorgaben von Bund und Kanton.

Jetzt noch zu unserem Antrag. Wie schon gehört, ist in das Geschäft integriert die Abschreibung von parlamentarischen Vorstössen. Wir beantragen hier Einzelabstimmungen, weil wir mit der Abschreibung unseres Postulats zum finanzpolitischen Spielraum nicht einverstanden sind. Ich erinnere daran, dass wir darin gefordert haben, dass man eine Aufgabenüberprüfung macht, und diese Aufgabenüberprüfung ist eben etwas, das wir im Rahmen des Budgets anreissen werden. Danke vielmals.

Hilmi Gashi (Grüne): Es ist umfangreich. Der Verwaltungsbericht zeigt schön dargestellt auch, wie viel gearbeitet wurde, wie intensiv man in dieser Gemeinde letztes Jahr gearbeitet hat, und er zeigt die Resultate. Ich denke dabei an den Umzug vom Provisorium des Gemeindehauses in das neue Gebäude, das saniert wurde, und daran, dass unsere Mitarbeitenden es sehr gut gestemmt haben und gleichzeitig, parallel dazu, dafür gesorgt haben, dass das Tagesgeschäft gut läuft und die Bevölkerung eine Dienstleistung auf hohem Niveau bekommt.

Im Namen der Grünen möchte ich hier auch gerne dem Gemeinderat den Dank an das Personal unserer Verwaltung übermitteln, und zwar in allen Ressorts. Wir begrüssen auch sehr, wie wir im Bericht gelesen haben, dass der Gemeinderat dies auch anerkennt und Mitarbeitende ernst nimmt und im Rahmen der Entwicklungen auch ihre Verbesserungsvorschläge einbezieht. Dies mit dem Ziel, die Gemeinde als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Wir sehen im Bericht auch, dass in vielen

Ressorts viel gearbeitet wurde. Zum Beispiel hat man im Hochbau, nachdem das Gemeindehaus in neuem Glanz erstrahlt ist, die Schulanlage Melchenbühl erfolgreich saniert; man hat die Schulanlage Horbern respektive deren Sanierung dem Volk vorgelegt, und die Stimmberechtigten haben mit über 90 Prozent Ja gestimmt. Parallel dazu wurde die Stufenzusammenführung umgesetzt.

Wir als Gemeinde machen viel, jetzt endlich, um unsere Bildungsinfrastruktur fit für die Zukunft zu machen. Gleichzeitig hat es auch Herausforderungen mit Tageschulen, die man im Bericht auch sieht. Währenddem hat man im Ressort Tiefbau, Umwelt und Energie wichtige Projekte zu Fernwärme, Solarenergie, Velonetz und modernen LED-Strassenbeleuchtungen erfolgreich vorangetrieben.

Finanziell steht unsere Gemeinde gut da. Wir konnten dem Bericht und der Diskussion zur Jahresrechnung entnehmen: Es ist gut. Unsere Reserven betragen CHF 53 Mio., gleichzeitig haben wir die Schulden auf CHF 55 Mio. erhöht. Aber das macht uns kein Bauchweh. Denn dank dem guten Abschluss und den Reserven, die wir haben, haben wir eben den notwendigen Handlungsspielraum, um qualitativ hochstehende Dienstleistungen anzubieten, die Infrastruktur zu sanieren und neue und zukunftsweisende Projekte wie die Fernwärme voranzutreiben.

Eine intakte Umwelt und ein wirksamer Klimaschutz tragen wesentlich dazu bei, die Lebensqualität der Bevölkerung spürbar zu steigern. Wir dürfen vielleicht auch nicht vergessen, dass das Parlament hier auch lobend erwähnt wird, mit vielen Sitzungsstunden, vielen Vorstössen. Wir haben letztes Jahr hier auch recht viel diskutiert, Fragen gestellt, Vorstösse eingereicht sowie intensiv, engagiert und phasenweise kontrovers debattiert. Ich weiss, es ist sehr heiss, und ich komme jetzt langsam zum Schluss.

Für uns Grüne ist es klar, dass es für diesen Erfolg unserer Gemeinde und der gesamten Gemeinschaft von Muri-Gümligen nicht nur die Verwaltung und das Personal braucht. Es braucht ebenso Menschen, die in einem Ehrenamt, sei es bei der Feuerwehr, in Sportvereinen, im Sozialbereich, in der Nachbarschaftshilfe, im Mütterzentrum, im Natur- und Landschaftsschutz oder in der Kultur und der Traditionspflege unheimlich viel für unsere Gemeinde, für unser Gemeinwesen leisten. Die Freiwilligenarbeit ist oft unsichtbar und lässt sich schwer in Zahlen beziffern. Aber eins ist sie immer: Sie ist unbezahlbar und von unschätzbarem Wert. Ich denke, dass das im Verwaltungsbericht auch irgendwo lobend erwähnt werden könnte. Herzlichen Dank.

Detailberatung Broschüre «Muri2025»

Keine Wortmeldung.

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Detailberatung des Verwaltungsberichts 2025. Ich werde die einzelnen Kapitel aufrufen. Wenn es Wortmeldungen gibt, macht sie bitte gleich an der entsprechenden Stelle. Und selbstverständlich folgt darauf die Abstimmung.

Detailberatung «Verwaltungsbericht 2025»

Ressortberichte

Organigramm der Einwohnergemeinde Muri bei Bern, S. 5

Keine Bemerkungen

Präsidiales, Region S. 6–11

Keine Bemerkungen

Finanzen, S. 12–13
Keine Bemerkungen

Planung, S. 14–17
Keine Bemerkungen

Hochbau, S. 18–21
Keine Bemerkungen

Sicherheit, Verkehr, Tiefbau, S. 22–29
Keine Bemerkungen

Bildung, S. 30–33
Keine Bemerkungen

Kultur, Sport, Liegenschaftsbetrieb, S. 34–37
Keine Bemerkungen

Gesundheit, Soziales, S. 38–49
Keine Bemerkungen

Umwelt, Energie, S. 50–55
Keine Bemerkungen

Gemeinde und Politik

Abstimmungen, S. 57–58
Keine Bemerkungen

Grosser Gemeinderat, S. 59–70

Die Vorsitzende: Auf die als erfüllt abzuschreibenden parlamentarischen Vorstösse, S. 69–70, kommen wir zurück.

Keine weiteren Bemerkungen.

Gemeinderat, S. 71–77
Keine Bemerkungen

Behördenmitglieder im Jahr 2025, S. 78–82
Keine Bemerkungen

Öffentlich-rechtliche Anstalten, S. 83–86
Keine Bemerkungen

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Ich habe eine Bemerkung zur Frage von Patricia. Es wurde bewusst so gemacht, und ich würde mir gut überlegen, es zu ändern. Wir erstellen den Verwaltungsbericht, diesen dicken Bericht, in jahrzehntelanger Kontinuität, und er dient der Geschichtsschreibung. Die Empfänger der Papierversion sind praktisch alle hier im Saal anwesend oder entschuldigt. Die Information an die Bevölkerung wird abgegeben und an Veranstaltungen aufgelegt. Würden wir es fusionieren, hätte dies auch zur Folge, dass wir den umfangreichen Bericht entsprechend oft produzieren müssten. Es dient der Ressourcenschonung. Ich gehe zudem davon aus, dass die aufbereitete, kondensierte Form besser gelesen wird. Deshalb macht der Dualismus Sinn. Also: Vom Verwaltungsbericht werden nicht viele Exemplare gedruckt, von den Informationen an die Bevölkerung aber schon.

Die Vorsitzende: Wie ihr gehört habt, liegt ein Antrag der FDP vor, dass wir im zweiten Teil separat über die Abschreibung der vier Vorstösse abstimmen. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Antrag der FDP, über die Abschreibung der Vorstösse einzeln abzustimmen, wird stillschweigend angenommen.

Beschluss

1. Der «Verwaltungsbericht 2025» und die Broschüre «Muri2025» werden stillschweigend zur Kenntnis genommen.
2. Die im «Verwaltungsbericht 2025» auf Seite 69 ff. unter «Als erfüllt abzuschreibende parlamentarische Vorstösse» aufgeführten Motionen und Postulate werden gestützt auf Art. 41 Abs. 2 der Geschäftsordnung abgeschrieben:
 - Motion FDP/JF-Fraktion, «Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle» (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
 - Postulat forum, «Beschaffung von «Smiley»-Geschwindigkeitsanzeigen» (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
 - Postulat FDP (Weibel), «Erhöhung des finanzpolitischen Handlungsspielraums 2024–2029» (17 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen)
 - Postulat forum, «Digitaler Dorfplatz» (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

5. Motion Zaccaria (SP), Perler (Grüne), Liechti (forum): «Ein permanentes Zeichen für Vielfalt, Inklusion und queeres Leben im öffentlichen Raum»

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion.

Laura Bircher (Gemeinderätin) verzichtet auf das Wort.

Angelo Zaccaria (SP, Motionär): Harvey Milk – ich weiss nicht, ob ihr ihn kennt. Es ist der erste offen schwule gewählte Politiker der USA, vielleicht sogar der ganzen Welt. Er hat im Jahr 1978 im Stadtrat von San Francisco seinen Kollegen erklärt, weshalb ein queeres, symbolpolitisches Engagement wichtig ist. Er sagte: «Man kann nicht von Hoffnung allein leben. Aber ohne sie ist das Leben nicht lebenswert, und wir alle, wir alle hier, können Hoffnung geben.»

Geschätzte Anwesende, wenn man queer ist oder wenn man sich für queere Fragen, für queer-politische Interessen einsetzt, hat man ein grösseres Bedürfnis nach Hoffnung als auch schon. Die Toleranz gegenüber Vielfalt und verschiedenen Lebensentwürfen bröckelt. Es gibt verschiedene Studien – wir haben unter anderem in unserem Vorstoss eine aufgelistet –, die zeigen, dass die Toleranz gegenüber queeren Menschen in den letzten Jahren abnimmt.

Ich picke ein paar Punkte heraus. Jede dritte Person in der Schweiz, die sich als LGBTQ+-Person bezeichnet, hat in den letzten fünf Jahren Übergriffe erlebt, physische Angriffe und psychische Erniedrigungen. Und fast jede zweite Person – fast jede zweite Person, ich kann es irgendwie auch nicht ganz glauben! – in unserem Land gibt in einer Umfrage offen zu, dass sie sich daran stört, wenn zwei Männer – es sind ausschliesslich Männer – auf der Strasse zeigen, dass sie einander gernhaben: wenn sie Händchen halten und auch, wenn sie sich einen Kuss geben, also nicht wild rumknutschen, sondern einfach einen Kuss geben. Das

sind statistische Werte, die zeigen: In ganz Europa nimmt die Zustimmung ab, und traurigerweise in der Schweiz sogar über dem europäischen Durchschnitt. Das hat die GFS-Studie belegt.

Die wachsende soziale Kälte ist aber nicht einfach ein generelles, abstraktes Phänomen, einfach eine Statistik, die man sich anschauen kann. Sondern es ist auch sehr individuell und konkret. Ich kann von mir persönlich sprechen, denn ich spüre es auch. Es ist in den letzten Jahren schwieriger geworden, und man spürt Widerstände anders als noch vor zehn Jahren.

Ich kann ein konkretes Beispiel aus dieser Gemeinde nehmen. Ich bin kürzlich respektive vor ein paar Monaten am Seidenberg-Schulhaus vorbeigelaufen, habe ein wenig vor mich hin geträumt, und dann haben mir dort ein paar Schüler Schwuchtel nachgerufen. Einerseits habe ich mich ein wenig gefreut, weil ich gemerkt habe, dass ich das hier im Parlament gleich verwursteln kann. Aber andererseits hat es mich auch traurig gemacht. Ich trug farbige Socken, war also klar queer kodiert. Ich habe gedacht: Dass ich das erleben muss, als erwachsener Mann, als jemand, der hier in dieser Gemeinde irgendwo verankert ist! Es verunsichert, und eben, in den letzten drei, vier Jahren habe ich mir mehr überlegt: Wo trage ich was, was sage ich, wie zeige ich mich, wie kann ich dazu stehen, ohne dass ich irgendwie ein ungutes Gefühl haben muss?

Wenn ein solcher Bruch passiert und man merkt, dass die Toleranz in unserer Gesellschaft teilweise an den Anschlag kommt und es schwieriger wird, dann erhält die Gemeinschaft eine wichtige Aufgabe, diese wehrhafte Demokratie, die wir haben, die sich für Toleranz und Gemeinschaft einsetzt. Dann ist es sehr wertvoll, wenn der Staat Hoffnung schaffen kann, eben zum Beispiel mit einem Zeichen, einem sogenannten intendierten Schutzraum.

Das machen viele andere Gemeinden auch. Beispielsweise gibt es in Bern farbige Bänke, oder im «Pride Month» gibt es Fahnen; in Paris gibt es einen dauerhaften Regenbogen-Zebrastreifen, in Wien queere Ampelmännchen, in Barcelona ein rosarotes Dreieck, in Reykjavik die berühmte Regenbogenstrasse, die zu einem touristischen Wahrzeichen geworden ist.

Genau ein solches Zeichen fordern wir mit unserer Motion. Nicht ein Monument, nichts Bombastisches. Wir haben es ganz offen formuliert, ganz abstrakt. Es kann eine Bank sein, eine Plakette, irgendein passendes Pflanzenarrangement mit Rosen oder so oder irgendeine Aktion an der Schule. Vielleicht auch in Zusammenhang mit Kunst am Bau, sodass man es nebenbei anschaffen kann. Es muss gar nichts kosten, es kann günstig sein.

Wir haben dem Gemeinderat in dem Sinn alle Möglichkeiten gelassen. Er kann kreativ entscheiden und, so haben wir gehofft, auch empathisch und menschlich – und der Gemeinderat lehnt es ab. Das ist sein gutes Recht. Aber wir sind natürlich mit den Argumenten nicht einverstanden. Ich weiss, es ist heiss, aber ich möchte die Argumente kurz entkräften.

Man sagt, dass Queerness, dass Fragen der Vielfalt in der Schule thematisiert werden, beispielsweise in der Bildungsstrategie. Ich habe selbst an der Bildungsstrategie mitgearbeitet. Ein Teil davon – ich denke, das darf ich verraten, ohne dass ich das Kommissionsgeheimnis verletze – kommt auch von mir, von meinem Engagement. Aber die Bildungsstrategie steht noch nicht in dieser Form. Sie ist noch in der Vernehmlassung und kommt erst noch. Ich finde, sich darauf abzustützen, geht nicht. Man argumentiert auch mit der Superarbeit unserer Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen. Aber es geht nicht um Jugend. Vielfalt ist kein Thema, das nur eine Phase in der Entwicklung ist. Sondern man befasst sich von der Jugend bis zur Bahre mit Ausgrenzung und Identitätsfragen.

Weiter hat der Gemeinderat, wofür wir sehr dankbar sind, formuliert, dass man offen für dieses Anliegen ist und gut findet, dass Vielfalt wertgeschätzt wird – und dann sagt man, dass man es prüfen möchte, dass man es zukünftig beispielsweise bei Projekten mit Kunst am Bau integriert und dass man prüft, ob man es irgendwie irgendwann umsetzen kann.

Für mich liest sich das eigentlich wie ein Prüfauftrag. Wenn wir prüfen, ob man es umsetzen kann, ist es ein Postulat. Und dann frage ich mich, wieso man diese Motion nicht, wie bei sehr vielen Motionen, bei denen der Gemeinderat zwar findet, sie seien etwas blöd, aber man solle sie erst einmal überweisen, damit die Leute zufrieden sind – wieso man sie dann nicht zur Wandlung in ein Postulat empfiehlt. Das macht der Gemeinderat ja fast überall, bei fast allen Geschäften. Und jetzt plötzlich kommt er mit dieser Härte und sagt gerade da, wo eigentlich die Antwort bereits einen Prüfauftrag beinhaltet: Nein.

Das ist auch in der weiteren Argumentation paradox. Denn man spricht von einem isolierten Zeichen, das man verhindern will. Man möchte nicht, dass es quasi anorganisch ist, sondern es soll sich organisch einfügen und kein Fremdkörper sein – also nicht irgendwie ein queeres Phallussymbol irgendwo in der Gegend. Das ist natürlich auch überhaupt nicht unsere Intention! Wir haben es ja offengelassen, irgendetwas zu machen, das zu dieser Gemeinde passt.

Ich sage dazu nur, was der Gemeinderat selbst schon umgesetzt hat: Eine Ammann-Walze, die man quasi testweise auf einen Kreisel stellt, als Reminiszenz an unser Gewerbe – das ist kein Fremdkörper. Ein Plauderbänkli für einsame Menschen ist auch kein Fremdkörper. Ein Friedrich-Glauser-Platz ist ebenso wenig ein Fremd-körper und hat irgendeinen Bezug zur Gemeinde. Eine Skulptur aus Carrara-Marmor wie «il gigante» an der Worb- und Thoracherstrasse hat natürlich wahnsinnig viel mit unserer Gemeinde zu tun. Oder auch Veranstaltungen, zum Beispiel die Mondnacht, bei der man wunderbarerweise für Ökologie sensibilisieren möchte: Das ist keine punktuelle politische Botschaft. Sondern es ist alles ein organischer Teil und überhaupt kein Schwerpunkt.

Ich werde etwas ironisch, es regt mich auf. Für mich ist es eine Haltungsfrage. Man möchte sich hier nicht für queer-politische Fragen einsetzen. Das ist nichts Neues. Das haben wir nämlich schon vor ungefähr fünf Jahren erlebt, als wir uns in einer einfachen Anfrage dafür ausgesprochen haben, ob man nicht an einem Tag eine Pride-Fahne am Gemeindehaus aufhängen könnte, analog zu Bern. Es hiess: «Nein, wir machen keine politischen Botschaften, wir sind für alle da» – eine queere Lebensweise wäre also etwas Politisches, etwas Linkes, nehme ich an – «und es sind ja nicht alle Menschen homosexuell.» Und dann passiert der Angriffskrieg auf die Ukraine. Völlig zu Recht hat man ein solidarisches Zeichen gesetzt und hat die Fassade blau und gelb angestrahlt, als Zeichen der Solidarität. Plötzlich ist es möglich.

Ich habe diese Argumentationen, weil sie mich aufregen – vielleicht bin ich nicht ganz objektiv –, mit anderen Personen besprochen. Sie haben mir gesagt: «Ja, weisst du, ihr seid eben auch eine Minderheit, eine marginale Minderheit. Ich hätte zum Beispiel lieber ein Denkmal für Hundehalter. Es gibt mehr Hundehalter als euch.» Das hat mich verletzt. Aber es ist auch am Ziel vorbei. Wir fordern nichts für uns, das uns besonders macht oder uns hervorhebt. Ich wäre sehr offen, wenn jemand einen Vorstoss für irgendeine Hundestatue macht. Das würde ich sofort unterstützen. Ich vertrete aber meine Wählenden. Ich habe deklariert, dass ich mich für queer-feministische Themen einsetze.

Der Kuchen wird nicht kleiner, wenn wir ihn zerstückeln und jedem das Häppchen abgeben, das er am besten verdauen kann, und er dann zufrieden ist. So sehe ich es. Wir fordern ein Geschenk für alle. Vielfalt – alle sind in dem Sinn queer, alle sind vielfältig. Ein kleiner Stolperstein, bei dem es zur Umsetzung käme, wäre eine Möglichkeit, sich Gedanken zu machen. Gedanken über die Verschiedenheit, über die Eigenheit und darüber, was anders sein könnte.

In diesem Sinn haben wir es in der Hand. Ich schaue rüber zur Rechten: Ihr hättet aus der Opposition heraus und um uns zu unterstützen die Möglichkeit, die Mehrheit im Gemeinderat zu überstimmen! «Man kann nicht von Hoffnung allein leben. Aber ohne sie ist das Leben nicht lebenswert. Und wir, wir alle hier, müssen Hoffnung geben.» Merci.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Sandra Perler (Grüne, Motionärin): Ich knüpfe bei dem an, was Angelo auch schon erwähnt hat, und fasse noch einmal die Antwort des Gemeinderates zusammen. Wenn man es liest, sieht man: Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass die Sichtbarkeit von Vielfalt wichtig ist. Das Ziel der Motion wird ausdrücklich unterstützt, und bei künftigen Projekten soll die Umsetzung geprüft werden. Als ich das las, ging es mir in etwa gleich. Ich dachte: Wow, «Happy Pride Month», das ist einmal eine Antwort!

Umso grösser war dann meine Verwunderung, als ich zum Schluss der Antwort des Gemeinderates kam: Der Gemeinderat empfiehlt die Nichtüberweisung der Motion. Wir von der Grünen Fraktion fragen uns: Wie passt das zusammen? Diese Diskrepanz wirft Fragen auf, und sie weckt Zweifel.

Happy Pride Month – oder eben doch nicht? Der Gemeinderat verweist auf Bildung. Und ja: Bildung ist wichtig. Aber sie allein genügt nicht. Das haben wir vorhin auch schon gehört.

Auch hier ein paar Dinge aus persönlicher Erfahrung, die zeigen, dass Bildung alleine nicht reicht. Denn was nützt zum Beispiel Bildung einem Jugendlichen, der sich zu Hause outet und statt Liebe und Unterstützung Tränen erlebt? Oder was nützt Bildung einem Frauenpaar, das im öffentlichen Raum von Erwachsenen verspottet und sexualisiert wird?

Wir wissen, Diskriminierung findet statt, in verschiedenen Altersgruppen und besonders im öffentlichen Raum. Und genau deshalb sind sichtbare Zeichen wichtig. Sie sagen: Du bist willkommen; du gehörst dazu und musst dich nicht verstecken. Und sie sagen gleichzeitig klar: Diskriminierung hat hier keinen Platz. Wenn dem Gemeinderat dieses Zeichen allein vielleicht zu wenig ist, dann kann die Umsetzung ja auch mit Information und Sensibilisierung verbunden werden.

Wer sich also für Sichtbarkeit, Respekt und Zugehörigkeit einsetzen will, so wie wir von der Grünen Fraktion, soll heute doch auch den Mut haben, dieser Motion zuzustimmen. Denn Sichtbarkeit, ja, das braucht Mut. Sichtbarkeit kann positive Reaktionen auslösen, aber auch negative. Das ist genau das, was viele queere Menschen immer wieder erleben, und trotzdem bleiben sie mutig und sichtbar. Denn nur was sichtbar ist, kann eines Tages selbstverständlich werden.

Es geht heute also auch um Solidarität. Um die Frage, ob wir bereit sind, sichtbar an der Seite von queeren Muri-Gümligerinnen, Muri-Gümligern zu stehen. Für Zugehörigkeit, für Respekt, für Menschenwürde. Vielleicht also doch «Happy Pride Month». Merci.

Laura Bircher (Gemeinderätin): Wir haben es schon einmal schriftlich gesagt, aber ich möchte es noch einmal erwähnen. Es geht uns wirklich nicht darum, dass wir es irgendwie ablehnen. Es ist uns klar, dass es ein sehr, sehr wichtiges Thema ist. Deshalb würden wir es, so wie eigentlich auch geschrieben, aufnehmen. Für ein zukünftiges Projekt möchten wir es wirklich im Hinterkopf behalten und es irgendwo einfließen lassen. Also, so wie es in der Antwort steht.

Zum politischen Statement, das die Gemeinde zur Ukraine gemacht hat: Das war nicht die Gemeinde. Es war die Kirchgemeinde, welche diese Projektion organisiert hat. Es war nicht von der Einwohnergemeinde her organisiert.

Angelo Zaccaria (SP, Motionär) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Der Antrag des Gemeinderats lautet auf Nichtüberweisung der Motion. Aber damit alle Klarheit haben, was ihr Ja respektive ihr Nein bedeutet, haben wir im Ratsbüro beschlossen, dass wir die Frage anders als im Antrag des Gemeinderats stellen. Deshalb bitte Achtung bei der Formulierung: Wir stimmen inhaltlich über die Motion ab. Das heisst: Wer diese Motion überweisen will, stimmt Ja. Es gibt sonst ein Problem mit einem doppelten Nein.

Beschluss (16 Ja / 14 Nein / 3 Enthaltungen)

Die Motion Zaccaria (SP), Perler (Grüne), Liechti (forum), «Ein permanentes Zeichen für Vielfalt, Inklusion und queeres Leben im öffentlichen Raum», wird überwiesen.

6. Postulat Racine (SP): «Schaffung eines Beratungs- und Begleitangebots bei der Wohnungssuche!»

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor, und wir haben wieder die Situation, dass der Gemeinderat die Nichtüberweisung des Postulats beantragt. Wir machen es bei der Abstimmung wieder so wie gerade eben.

Bernhard Häuselmann (Gemeinderat) *verzichtet auf das Wort.*

Raphaël Racine (SP, Postulant): Ich möchte dem Gemeinderat zuerst einmal ganz herzlich für die Botschaft danken. Ich fand, darin habe ich den Willen erkannt, das Thema einmal seriös zu behandeln und uns einen Überblick zu geben. Von dem her: Merci vielmals.

Ich möchte dennoch auf einige Schwachpunkte der Argumentation hinweisen.

Weshalb bin ich überhaupt auf dieses Thema gekommen? Dafür gibt es gewissermassen zwei Begründungen. Die erste: Leerkündigungen in Bern, wegen denen plötzlich auch ältere Personen auf der Strasse standen, die 30, 40 Jahre keine Wohnung mehr gesucht hatten und mit der digitalen Welt überfordert sind. Das ist die eine Klientel. Die zweite: Ein Nachbar von mir, der seit ein, zwei Jahren zu fünft in einer Dreizimmerwohnung ist, hat hier in Muri-Gümligen verzweifelt eine Wohnung gesucht. Er ging auch zur Gemeinde. Sie konnte ihm nicht weiterhelfen. Er ging dann wieder weg und hat schliesslich mich angefragt. Alleine dieses Beispiel zeigt, dass die Argumentation des Gemeinderats ein wenig ins Wanken gerät. Ich zitiere den Gemeinderat, der sagt: «Der Gemeinderat hält fest, dass in der Gemeinde bereits ein Angebot existiert, welches jedoch kaum genutzt wird.» Ja, ich ziehe ein etwas anderes Fazit. Ich halte fest, dass es in der Gemeinde Muri-Gümligen ein völlig verzettelt, informelles, wenig professionelles und vor allem kein niederschwelliges Angebot gibt, das teilweise auch noch nach Bern ausgelagert ist, dort kostenpflichtig ist und vor allem nirgends kommuniziert wird. Ich möchte diese Kritik auch kurz begründen.

Das erste, die völlige Verzettelung: Vielleicht habt ihr es in der Botschaft gelesen, und der Test wäre jetzt: Versteht ihr, wer wohin, welche Zielgruppe zu welcher Stelle gehen muss? Ältere und Betagte müssen offenbar zur Fachstelle für Altersfragen. Leute, die auf der Sozialhilfe sind, müssen zur Sozialhilfe. Leute, die vielleicht nur eine kurze Beratung wollen, müssen zu den Einwohnerdiensten gehen. Die, die aus allen Kategorien fallen, sollten dann zum Verein Nachbarschaftshilfe gehen. Ja, da kann ich schon sagen, lieber Gemeinderat: Wenn man es natürlich so verzettelt, dann hat es keine Nachfrage. Ein positives Beispiel habe ich euch ja genannt. Ein «One Touch Point», eine Ansprechperson oder Organisation für Wohnungshilfe in Bern, die durch die Heilsarmee organisiert wird. Das Zweite: Es ist hier in Muri-

Gümligen eben nicht professionell. Auch das möchte ich kurz erläutern. Ich möchte den Organisationen, die es hat, nichts unterstellen. Aber die meisten machen es unter ferner liefen. Das fängt schon damit an, dass sie auf der Homepage nicht ausschreiben, dass sie Wohnungsberatungsangebote haben. Dann gibt es einen Verein, der in dem Sinn auch nicht professionell ist. Eben nicht wie in Bern, wo die Heilsarmee es tagtäglich macht, ein gewisses Know-how hat und die Wohnungsberatung professionell vollziehen kann.

Ganz wichtig: Es ist auch nicht niederschwellig. Vergesst das nicht. Zum Beispiel muss ich beim Verein Nachbarschaftshilfe einen Termin haben. Wenn ich als Muri-Gümliger nach Bern zur Heilsarmee will, muss ich die Gemeinde wechseln, muss bis nach Bern gehen und vor allem ist es für Gümligerinnen, Gümliger ja nicht gratis. In Bern ist es für Armutsbetroffene gratis. Jemand aus Gümligen, wie die Familie, die ich gerade betreue, muss nach Bern gehen und muss dafür bezahlen.

Abschliessend finde ich den schwierigsten Punkt, wie der Gemeinderat das Thema Kommunikation behandelt hat. Wenn ihr es nachverfolgen wollt, findet ihr es unter «5. Kommunikation und Koordination». Es wird beschrieben, was alles gefördert würde. Ich weiss nicht, ob das eine Art Konzept für die Zukunft ist oder ob es den heutigen Gegebenheiten tatsächlich entsprechen soll.

Ich war wieder einmal so gemein und habe alles ein wenig getestet. Ich möchte euch einfach darauf hinweisen: Auf keine der Organisationen, auf die ihr Bezug nehmt, weder bei den Einwohnerdiensten noch bei den Sozialdiensten noch beim Verein Nachbarschaftshilfe noch bei der Fachstelle für Altersfragen steht, dass man eben eine Beratung für die Wohnungssuche haben kann. Das muss man zuerst einmal machen. Dann erzählt ihr von einem Flyer, den es gibt. Ich sah noch nie einen Flyer. An dieser Stelle würde ich gerne 200 Stück zu mir nach Hause schicken lassen. Es wird erzählt, dass schon in den Lokalnachrichten «LoNa» Dinge publiziert wurden. Ich weiss nicht, ob Pege schon Artikel zu Wohnungssuche publiziert hat. Da gibt es doch ein grosses Fragezeichen. Vielleicht abschliessend mein Fazit oder erst einmal das Fazit des Gemeinderats: «Der Gemeinderat hält fest, dass in der Gemeinde bereits ein Angebot existiert.» Dem würde ich entgegenhalten: Ja, aber eines, das niemand kennt, weil ihr es eben nicht kommuniziert. Von dem her möchte ich den Gemeinderat, bei dem ich nach wie vor der Überzeugung bin, er will etwas tun für Leute, die in einer solchen Situation sind und versuchen, eine Wohnung zu finden, doch bitten: Publiziert es doch gerne einmal auf allen Homepages, die ich jetzt genannt habe und auf welche die Einwohnerdienste, die Sozialdienste, die Fachstelle für Altersfragen Einfluss haben. Publiziert es, damit die Muri-Gümligerinnen, Muri-Gümliger die Möglichkeit haben, diese Hilfe in Anspruch nehmen zu können.

Ansonsten will ich euch auch nicht darauf aufmerksam machen, dass Bern, davon bin ich überzeugt, die ideale Lösung hat. Was wir alles falsch machen, macht Bern alles richtig: Es gibt eine einzige Ansprechperson, es gibt eine professionelle Organisation, das Angebot ist für Armutsbetroffene oder -gefährdete gratis, es wird auf der Homepage kommuniziert. Das wäre gewissermassen der Idealfall. Aber wenn ihr das nicht wollt, sondern das Verzettelte – ich habe versucht, euch darauf aufmerksam zu machen.

Weil es heute Abend so heiss ist und ich durch die gemeinderätliche Botschaft herausgehört habe, dass ich wohl keine Chance habe, mit dem Vorstoss durchzukommen, verzichte ich auf eine weitere Debatte und ziehe ihn zurück. Merci vielmals.

Das Postulat Racine (SP), «Schaffung eines Beratungs- und Begleitangebots bei der Wohnungssuche!», wurde zurückgezogen.

7. Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Jan Köbeli lässt euch grüssen. Er war bereits letzte Woche krank, hatte Fieber und Kopfschmerzen. Gestern hat er sich für die Gemeinderatssitzung mit Medikamenten fit gemacht und über Wasser gehalten. Heute und morgen hält er sich still und hofft, damit die Käfer besiegen zu können und dann wieder voll einsatzfähig zu sein. Seine Information, die er mir mitgegeben hat, ist: Die Fraktionspräsidien haben letzte Woche vom Gemeindepräsidenten je eine Einladung für die Fraktionsgespräche erhalten. Das Thema ist das Erweiterungsprojekt Fernwärme. Er lässt dazu ausrichten, dass alle Mitglieder des Parlaments an diesen Gesprächen willkommen sind. Beziehungsweise entscheiden die Fraktionen selbst, mit wem und mit wie vielen Personen sie an ihrem Gespräch teilnehmen wollen. Es gibt eines pro Fraktion. Für Hanna gibt es noch ein PS: Selbstverständlich ist auch die EVP eingeladen. Hanna, du sollst dich mit der Fraktion forum absprechen, ob du an ihrem Gespräch teilnehmen kannst. Wenn du es wünschst, bietet dir Jan selbstverständlich auch ein separates EVP-Gespräch. In diesem Fall müsstest du dich bei ihm melden und könntest einen Termin abmachen. Das sind die Informationen, merci.

Von den Informationen des Gemeinderats wird Kenntnis genommen.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Die nächste Sitzung findet nach der Sommerpause am 18. August statt. Zwei Tage später, am 20. August, findet der Parlamentsausflug statt. Die Einladung habt ihr ja bereits erhalten. Ich danke allen für das engagierte Mitmachen, es wurde keine hitzige Debatte. Nach der Sommerpause werden die Grünen den Apéro offerieren. Der heutige Apéro findet draussen statt. Ich wünsche allen eine angenehme Sommerpause.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

PARLAMENT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Gaby Grossen

Corinne Schweizer

Anhang

8. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion FDP/JF: «Budgetierungsprozess demokratiefreundlich gestalten»

Der Gemeinderat wird beauftragt, den jährlichen Budgetierungsprozess künftig wie folgt zu gestalten:

Der Budgetierungsprozess wird dergestalt beschleunigt oder vorgezogen, dass bei einem allfälligen Referendum gegen das Budget eine damit notwendige Volksabstimmung noch im Vorjahr stattfinden kann.

Begründung

Im Jahr 2024 hat die FDP erfolgreich das Referendum gegen Budget und Steueranlage 2025 eingereicht. Die dazu notwendige Volksabstimmung konnte erst im Februar 2025 durchgeführt werden, die Steuersenkung wurde abgelehnt. Das Ergreifen des Referendums hat zu einem budgetlosen Zustand geführt, mit der Konsequenz, dass nicht gebundene Ausgaben (z. B. Ausflüge von Schulklassen) vorübergehend nicht getätigt werden konnten.

Mit dem aktuellen Prozess der Budgetierung führt das Ergreifen des Referendums systematisch zu einem budgetlosen Zustand, zumindest bis die entsprechende Volksabstimmung stattfindet. Damit ist das Referendum im praktischen Ergebnis als urdemokratisches Prinzip in Frage gestellt.

Kurz: Will eine Bürgerin oder ein Bürger das Referendum gegen das vom Parlament beschlossene Budget ergreifen, soll dies möglich sein, ohne damit zwingend einen längeren budgetlosen Zustand zu provozieren.

Die FDP hat sich bemüht, mit der Gemeinde eine gangbare Lösung zu finden, sodass in Zukunft eine ähnliche Situation vermieden oder mindestens stark abgemildert werden kann. Leider ist dieser Versuch bis anhin nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Daher wird der Weg über eine Motion gesucht.

Muri, 23. Juni 2026

Lorenz Held

M. Koelbing, E. Liechti, M. Sager, P. Messerli, F. Kearns, R. Mäder, C. Siebenrock, R. Weibel, A. Scherrer, R. Buff, C. Eggli, R. Soder, T. Balmer, A. Müller Kearns, S. Eugster, B. Legler, A. Althaus Stämpfli, G. Grossen, J. Schenk (20)

Motion forum: «Budget mit unterschiedlichen Steueranlagen»

Der Gemeinderat wird beauftragt, für das Steuerjahr 2027 ein Budget mit drei unterschiedlichen Steueranlagen vorzulegen: einer Variante mit unveränderter Steueranlage sowie zwei Varianten mit einer Steuersenkung (eine moderate und eine weitergehende Senkung).

Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der jeweiligen Steueranlage transparent auszuweisen. Notwendige Investitionen und Sanierungen sollen in allen Varianten gleichermassen berücksichtigt werden.

Weiter ist darzustellen, wie sich die vorhandenen Reserven der Gemeinde über einen Zeithorizont von rund fünf Jahren unter den jeweiligen Varianten voraussichtlich entwickeln und abbauen würden. Eine allfällige Steuersenkung muss nachhaltig sein und es muss vermieden werden, dass eine vom Volk beschlossene Steueranlage in kurzer Zeit, also innerhalb des Zeithorizonts von 5 Jahren, wieder erhöht werden müsste.

Begründung

- Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme zur Motion Zloczower/FDP-Fraktion betreffend Steuersenkung auf das Steuerjahr 2025 im Jahr 2024 festgehalten, dass frühestens ab dem Jahr 2027 Potenzial für eine Senkung der Steueranlage bestehe. Damit hat der Gemeinderat in Aussicht gestellt, dass eine Steuerentlastung mittelfristig geprüft werden kann.
- Gleichzeitig weist die Gemeinde weiterhin solide finanzielle Ergebnisse aus. Auch im letzten Jahr wurde erneut ein Überschuss erzielt. Vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Anpassung der Steueranlage konkret aufzuzeigen und dem Parlament eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu verschaffen.
- Mit der Vorlage von verschiedenen Varianten erhält das Parlament die Möglichkeit, die Auswirkungen einer unveränderten beziehungsweise einer gesenkten Steueranlage direkt miteinander zu vergleichen. Dadurch wird die finanzpolitische Diskussion versachlicht und die Transparenz erhöht.
- Wesentlich ist dabei, dass notwendige Investitionen und Sanierungen in allen Varianten gleichermassen berücksichtigt werden.
- Schliesslich kann die frühzeitige Diskussion verschiedener Steueranlagen im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses dazu beitragen, einen budgetlosen Zustand zu vermeiden. Das Parlament erhält rechtzeitig die notwendigen Entscheidungsgrundlagen, um über die finanzpolitische Ausrichtung der Gemeinde zu befinden.

Gümligen, 23. Juni 2026

Fraktion forum

M. Sager, E. Liechti, F. Kearns, P. Messerli, H. Beck, M. Koelbing, B. Legler, S. Eugster, L. Held, A. Müller Kearns, R. Buff, A. Scherrer, R. Weibel, C. Siebenrock, R. Mäder, T. Balmer, R. Soder, C. Eggli, J. Reich, A. Matter, G. Grossen, J. Schenk (22)